

04/2005

CWVG - Dialog

Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft e.V.

Verbesserung der Prognosegüte bei der Unternehmensbewertung - Konvergenzprozesse in der Restwertperiode -

von Axel Weiler

Bewertungen von ganzen Unternehmen bzw. Unternehmenseinheiten können aus zahlreichen Gründen angefertigt werden. Neben den in der klassischen Literatur genannten Anlässen wie Mergers & Acquisitions, familien- und erbrechtlichen Streitigkeiten sowie Austritt und Ausschluss von Gesellschaftern wird zunehmend eine periodische Bewertung im Rahmen einer wertorientierten Unternehmensführung sowie bei der Konzernrechnungslegung zur Prüfung der Werthaltigkeit von bilanziellen Geschäftswerten notwendig.

Die bisherige Literatur zur Unternehmensbewertung hat sich stark auf *berechnungsmethodische Fragestellungen* konzentriert. Während sich Zukunftserfolgswertverfahren als theoretisch richtige Verfahren zunehmend gegenüber Substanzwertverfahren durchsetzen konnten und sowohl in der Wissenschaft als auch in der Bewertungspraxis anerkannt werden, stellt die Prognose der für die Rechenmodelle erforderlichen Daten nach wie vor ein erhebliches Problem dar. Insbesondere die Forderung nach einer Prognose der künftigen Zahlungsüberschüsse bis in alle Ewigkeit kann mit herkömmlichen betriebswirtschaftlichen Planungsmodellen in der Regel nicht erfüllt werden.

Zum Zwecke der Komplexitätsreduktion untergliedert das Institut der Wirtschaftsprüfer den Prognosehorizont in eine, einen Zeitraum von etwa drei bis fünf Jahren umfassende, Detailplanungsperiode und eine sich anschließende Restwertperiode. Die Zahlungsströme in der Restwertperiode werden mit wenigen vereinfachenden Annahmen geschätzt, so dass eine differenzierte Abbildung der spe-

zifischen Unternehmensentwicklung in dieser Phase nicht möglich ist. Vor dem Hintergrund eines mitunter hohen Anteils des Restwerts am Gesamtunternehmenswert kann diese Vorgehensweise als suboptimal bezeichnet werden, da sie zu schwerwiegenden wirtschaftlichen Konsequenzen der an der Unternehmensbewertung beteiligten Parteien führen kann.

Mit Hilfe eines neuartigen *heuristischen Prognoseverfahrens* soll aufgezeigt werden, wie eine Verbesserung der Prognosegüte für die Restwertperiode erzielt werden kann, indem zu Beginn der Restwertperiode Rückgriff auf die *strategische Ausgangssituation* des zu bewertenden Unternehmens genommen wird. Dieses Verfahren beruht auf der Annahme, dass mit dem Kapitaleinsatz in einer Unternehmung langfristig lediglich die Erzielung eines „Normal“-Gewinns zu erwarten sei, der auf einer „Normal“-Verzinsung des im Unternehmen investierten Kapitals beruht.

Zunächst muss das neuartige Prognoseverfahren zur Restwertbestimmung in die bestehende Forschung zur Unternehmensbewertung eingeordnet und abgegrenzt werden, um somit ein geschlossenes Lösungsverfahren mit den notwendigen Schnittstellen zu den bereits verfügbaren Modellen und Ansätzen gewährleisten zu können. Außerdem müssen die Einsatzbereiche (die unterschiedlichen Bewertungssituationen) für das Verfahren festgelegt werden:

Die Restwertbestimmung erfolgt idealerweise im Rahmen der Gruppe der Zukunftserfolgswertverfahren. Insbesondere Residualgewinnverfahren stellen die geeignete methodische

Basis zur Restwertuntersuchung bereit.

- Der langfristige Charakter strategischer Aspekte auf die weit in die Zukunft reichende Restwertperiode lässt einen bedeutenden Einfluss der strategischen Ausgangssituation auf den Restwert erwarten. Hieraus wird die Forderung abgeleitet, bei der Bestimmung künftiger Zahlungsüberschüsse Rückgriff auf strategische Aspekte zu nehmen. Als wesentliche Herausforderung wird die Transformation eher qualitativ geprägter strategischer

Inhalt

Verbesserung der Prognosegüte bei der Unternehmensbewertung	1
Fachlich und menschlich dazu gelernt	3
Der Tradition der Gelehrten verbunden	4
Bildungsexport nach Japan	4
Interaktives Wissensdrehkreuz	5
Alumni - die Zweite	5
Que pasa en Uruguay?	6
Als „Uni-Botschafter“ in Uganda	6
Studentisches Engagement für den schwarzen Kontinent	7
Atypische Beschäftigungsformen am Beispiel ostdeutscher KMU	8
Long-Run Growth and Recycling: A Material Balance Approach	9
Europäische Umweltpolitik	10
Zitate und Ökonomie	12
Veranstaltungshinweise	12

Informationen in quantitative, einem Bewertungsmodell zugängliche, Informationen gewertet.

- Intuitive Prognoseverfahren scheinen mathematisch-statistischen Prognoseverfahren bei der Prognose von Zahlungsüberschüssen überlegen zu sein, da die bei letzteren Verfahren erforderliche Zeitstabilitätshypothese für die Restwertperiode nicht plausibel ist. Insbesondere Verfahren der Künstlichen Intelligenz, die den intuitiven Prognoseverfahren methodisch nahe stehen, ermöglichen durch die Analyse einer Vielzahl beobachteter Unternehmensentwicklungen, unter Anwendung bestimmter Techniken, das Ableiten empirischer Generalisierungen. Unter der Annahme einer Übertragbarkeit dieser Generalisierungen auf die Zukunft lässt sich ein derartiger Ansatz - unter Berücksichtigung gewisser Fehlerquoten - für fundierte Prognosen nutzen.

- Es können zwar nicht alle, aber dennoch sehr viele potenzielle Bewertungssituationen von einer verbesserten Restwertbestimmung profitieren. Der Einsatzbereich des Prognoseverfahrens ist sehr breit und umfasst zahlreiche Bewertungsanlässe, Bewertungsfunktionen, Bewertungsmodelle sowie Positionen des Bewertungsobjekts (Mehrheits- vs. Minderheitsgesellschafter) und der damit verbundenen Verfügbarkeit prognoserelevanter Informationen.

Die verfügbaren Verfahren zur Restwertbestimmung sind durch eine hohe *Komplexitätsreduktion* gekennzeichnet, mit der in der Regel die Komplexität der Bewertungssituation bzw. die von zahlreichen Faktoren abhängige Entwicklung der Zahlungsüberschüsse in der Restwertperiode nur unzureichend abgebildet werden kann. Die daraus resultierenden negativen Konsequenzen für die Prognosegüte stellen den Ausgangspunkt für die Entwicklung eines *ökonomisch fundierten Konvergenz-Verfahrens* dar. Dieses Verfahren unterstellt die grundsätzliche Gültigkeit einer allmählichen Angleichung besonders positiver (oder negativer) Sachverhalte an einen „normalerweise“ gültigen langfristigen Zielwert in der Restwertperiode. Zur Untersuchung dieser Konvergenzprozesse werden Zahlungsüberschüsse nach den beiden *Werttreibern* Rentabilität und Wachstumsrate differenziert, da beide jeweils eigenständigen Konvergenzprozessen unterliegen können.

Für das Konvergenz-Verfahren wird zunächst ein theoretisch-konzeptioneller Bezugsrahmen aufgestellt. Danach können Konvergenzprozesse auf Wettbewerbsprozesse zurückgeführt werden, die nach dem *Modell der vollständigen Konkurrenz* auf ein Gleichgewicht hinwirken. Dem entgegen können Merkmale der aufgabenspe-

zifischen Umwelt (*industriökonomischer Ansatz/Industrieeffekte*) sowie spezifische Stärken und Schwächen des Unternehmens (*ressourcenorientierter Ansatz/Firmeneffekte*) Konvergenzprozessen entgegen wirken und



Zur Person:

Dr. Axel Weiler, geboren am 6.5. 1971, studierte nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann/ Finanzassistenten an der TU Darmstadt sowie der TU Berlin Wirtschaftsingenieurwesen. Nach seinem Abschluss war er von 1998 bis 2005, mit Unterbrechung zur Anfertigung seiner Dissertation, als Unternehmensberater bei L.E.K. Consulting in den Büros München, London, Los Angeles und Paris in den Bereichen Mergers & Acquisitions, Wertsteigerungsmanagement und Unternehmensstrategie tätig. Seit August 2005 ist er als Handlungsbevollmächtigter im Bereich Mergers & Acquisitions und Corporate Finance in der Führungsholding des Haniel-Konzerns in Duisburg beschäftigt.

Die Verteidigung seiner Dissertation fand am 13. Juni 2005 statt. Gutachter waren Prof. Dr. Klaus Henselmann, Prof. Dr. Uwe Götze und Prof. Dr. Frank Daumann (Uni Jena). Die Arbeit ist inzwischen im Shaker Verlag in der Reihe Unternehmen und Steuern erschienen.

die Gleichgewichtsbewegung abschwächen oder verlangsamen. Als Zielwerte der Konvergenzprozesse kommen die *langfristige Wachstumsrate* der relevanten Branche und die *individuellen Kapitalkosten* zur Anwendung.

Mit Hilfe von rechnungslegungs-

und kapitalmarktorientierten Studien aus strategischem Management, strategischer Planung und der volkswirtschaftlichen Literatur zur Industrieökonomik kann eine *empirische Validierung* von Konvergenzprozessen vorgenommen werden. Insgesamt lassen sich Konvergenzprozesse bei der Rentabilität nachweisen: Im Durchschnitt werden in jedem Jahr 40% der Übergewinne durch Wettbewerbsprozesse eliminiert, so dass Konvergenzprozesse nach etwa zehn Jahren abgeschlossen sind. Gleichzeitig konnte festgestellt werden, dass diese Prozesse nicht vollständig verlaufen; einige Unternehmen scheinen in der Lage zu sein, sich Konvergenzprozessen nachhaltig zu widersetzen. Unternehmen mit einer unterdurchschnittlichen Rentabilität unterliegen ebenfalls Konvergenzprozessen, die allerdings stärker verlaufen. Dies kann auf den Druck zurückgeführt werden, den Aktionäre auf die Unternehmensleitung ausüben, um eine unterdurchschnittliche Performance zu verbessern. Für die Konvergenz von Wachstumsraten findet sich hingegen keine Bestätigung. Vielmehr scheint das Wachstum von Unternehmen einem *random-walk* zu folgen. Mit einem Rechenbeispiel kann schließlich analytisch nachgewiesen werden, dass das Unternehmenswachstum eine wesentlich geringere Bedeutung für den Unternehmenswert hat als die Rentabilität; eine fehlende empirische Bestätigung von Konvergenzprozessen bei der Wachstumsrate kann somit akzeptiert werden.

Aus den gewonnenen Erkenntnissen zu Konvergenzprozessen wird ersichtlich, dass die üblichen Annahmen einer ewig konstanten Wachstumsrate der Zahlungsüberschüsse bei den gängigen Verfahren zur Restwertbestimmung kritisch zu werten sind. Nach der empirischen Bestätigung von *generellen Konvergenzprozessen* auf der Basis von großzahligen Unternehmensstichproben wird schließlich ein heuristisches Prognoseverfahren zur *individuellen Restwertbestimmung* entwickelt. Mit diesem Verfahren wird eine situationspezifische Differenzierung zwischen den strategischen Ausgangssituationen verschiedener Unternehmen ermöglicht. In Abhängigkeit davon können individuelle Konvergenzprozesse abgeleitet werden.

In einem ersten Schritt wird untersucht, inwieweit Performanceunterschiede zwischen Unternehmen auf Industrieeffekte oder Firmeneffekte zurückgeführt und damit gleichzeitig Konvergenzprozesse vermieden werden können. Auf Grundlage der Resultate empirischer Untersuchungen wird einerseits festgestellt, dass Firmeneffekte eine höhere Relevanz haben. Andererseits nehmen Industrieeffekte ebenfalls ein nicht zu vernachlässigendes Ausmaß ein. Anschließend erfolgt

der Aufbau einer sogenannten *empirischen Wissensbasis*, in der die Ergebnisse der empirischen Studien zum Einfluss strategischer Variablen auf den Konvergenzprozess ausgewertet und dargestellt werden. Insgesamt konnten zehn strategische Variablen identifiziert werden, die von Bedeutung für die *Geschwindigkeit des Konvergenzprozesses* sind. Weiterhin konnten neun strategische Variablen ermittelt werden, die von Bedeutung für den *langfristigen Zielwert des Konvergenzprozesses* sind. Während für sämtliche Variablen die Wirkungsrichtung auf den Konvergenzprozess festgestellt werden konnte, sind Aussagen über die Wirkungsintensität limitiert.

Zur rechnerischen Umsetzung der qualitativ geprägten empirischen Wissensbasis ist eine *normative Festsetzung* erforderlich: So wird den verschiedenen Variablen je nach empirischer Aussagestärke eine höhere, mittlere oder geringere Wirkungsintensität zugeordnet. Außerdem werden *unternehmensspezifische Variablen* auf Grund der höheren Relevanz des Firmeneffektes *doppelt so hoch gewichtet* wie Variablen der aufgabenspezifischen Umwelt. Zusammen mit den Grenzwerten für die maximal möglichen Abweichungen von den durchschnittlichen (bzw. generellen) Konvergenzprozessen wird ein Bewertungsmodell zur Bildung unternehmensspezifischer Konvergenzprozesse in der Restwertperiode entwickelt. Durch Einordnung der individuellen strategischen Ausgangssituation zu Beginn der Restwertperiode kann ein Bewerter so die durchschnittlichen Konvergenzprozesse nach oben oder nach unten anpassen. Auf der Basis der so gewählten Konvergenzparameter (Konvergenzgeschwindigkeit, langfristige Rentabilität, langfristige Wachstumsrate) können hieraus die Verläufe der Werttreiber im Zeitverlauf bestimmt und Prognosen der Zahlungsüberschüsse für die Restwertperiode generiert werden. Beim Vergleich mit der traditionellen Vorgehensweise zur Restwertbestimmung mit einem *Modell der ewigen Rente* können schließlich erhebliche Bewertungsunterschiede festgestellt werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das Konvergenz-Verfahren gegenüber den herkömmlichen Verfahren zur Restwertbestimmung eine *höhere Komplexität* beinhaltet, woraus unter Berücksichtigung einer größeren Anzahl expliziter Prognoseannahmen eine *Verbesserung der Prognosegüte* resultiert. Gleichzeitig ist das Modell durch einen strukturierten Handlungsrahmen sowie durch transparente und intersubjektiv nachvollziehbare Bewertungsgrundlagen gut handhabbar.

Fachlich und menschlich dazu gelernt

Praktikumsbericht von Sarah Wichmann

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen versteht sich als modernes Zentrum für wissenschaftliche Forschung und evidenzbasierte Politikberatung. Regelmäßig gibt das RWI Praktikanten die Chance, einen Einblick ins tägliche Arbeitsleben des Institutes zu bekommen und die an der Uni gelernten Methoden auch praktisch auszuprobieren. Während der letzten Semesterferien bekam ich, gemeinsam mit anderen Studenten u.a. aus Leipzig, diese Möglichkeit.

Das RWI Essen beschäftigt zurzeit ca. 80 Mitarbeiter, die sich auf sieben Kompetenzbereiche und drei nicht-wissenschaftliche Abteilungen verteilen. Ich war während meiner Zeit dort im Ressort „Umwelt und Ressourcen“ beschäftigt, wo ca. 7 Mitarbeiter, 3 studentische Hilfskräfte und bis zu 2 Praktikanten zusammen arbeiten. Jeder der Mitarbeiter, teilweise zusammengefasst in Teams, ist jeweils mit unterschiedlichen Projekten beschäftigt, in denen die Praktikanten, entsprechend Ihres Könnens und Wissens, in die tägliche Arbeit mit einbezogen werden. Insgesamt gliedert sich die Arbeit des Kompetenzbereichs in drei Gebiete: Internationale Klimaschutzpolitik und Emissionshandel, Evaluation umwelt- und energiepolitischer Instrumente sowie Umwelt-, Ressourcen- und Energieökonomik.

Mit letztgenanntem Bereich habe ich mich während meiner Zeit am RWI hauptsächlich beschäftigt. So arbeitete ich zunächst an einem aktuellen Drittmittel-Projekt mit, das sich im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) mit Trends der Angebots- und Nachfragesituation bei mineralischen Rohstoffen beschäftigt. Hier war ich sowohl mit Rechercheaufgaben, dem Zusammenstellen relevanter Datensätze sowie der Vorbereitung von Präsentationen betraut. Dazu gehörte das Erstellen graphischer und tabellarischer Übersichten, jedoch auch das Verfassen von Kurzinformationen über unterschiedliche Rohstoffe, ihren Verbrauch und potenzielle Szenarien für die Zukunft. Zusätzlich kamen, entsprechend der aktuellen Situation, unterschiedliche weitere Aufgaben hinzu.

So erstellte ich während meiner Zeit am RWI einen Fragebogen, setzte mich intensiv mit dem Thema ‚Waldsterben‘ auseinander und lernte einiges über die Bereitstellung öffentlicher Güter. Dabei setzte ich mich sowohl mit neueren, aber auch bereits länger bestehenden Theorien auseinander und versuchte auf Grundlage dieser ein neues Modell zu konzipieren.

In kurzen, jedoch auch in sehr ausgiebigen Gesprächen mit den Mitarbeitern der Abteilung erfuhr und lernte ich vieles „so nebenbei“, was mir oft erst später in Unterhaltungen oder beim Lesen der Tageszeitung bewusst wurde. Insgesamt muss ich betonen, dass besonders im KB Umwelt und Ressourcen, aber auch allgemein im RWI, alle Mitarbeiter stets sehr freundlich, sehr hilfsbereit und sehr aufgeschlossen mit den Praktikanten umgegangen sind. So wurden uns alle Fragen umfassend beantwortet – und Fragen stellen durfte man immer. Die Arbeitsatmosphäre habe ich als sehr angenehm empfunden, was ich schnell zu schätzen lerne.

Das Praktikum beim RWI war, abgesehen von einigen Schülerpraktika, mein erstes Praktikum. Rückblickend kann ich feststellen, dort sehr viel in unterschiedlichsten Bereichen gelernt zu haben. So haben sich meine Computerkenntnisse, besonders in Excel, sehr verbessert, mein Schreibstil hat sich positiv verändert, meine kritische Haltung gegenüber präsentierten Daten und Meinungen gestärkt und das Gefühl, noch so viel mehr wissen und lernen zu wollen, ins beinahe unermessliche gesteigert.



Dr. Manuel Frondel, Leiter des Bereichs „Umwelt und Ressourcen“ am RWI Essen, und Sarah Wichmann, Studentin der Europa Studien im 5. Semester

Der Tradition der Gelehrten verbunden

TU-Professor Dr. Fritz Helmedag wurde in die Gelehrtengemeinschaft „Leibniz-Sozietät“ gewählt

von Janine Mahler

Professor Dr. Fritz Helmedag, der an der TU Chemnitz seit 1993 die Professur für Mikroökonomie innehat, wurde kürzlich zum Mitglied der Leibniz-Sozietät e.V. gewählt. Gemeinsam mit Forschern aus aller Welt wird er den wissenschaftlichen Diskurs innerhalb und zwischen den einzelnen Disziplinen pflegen. „Ich verspreche mir von dieser Mitgliedschaft Einblicke in die Arbeit von Kollegen anderer Fakultäten“, hofft Helmedag.

In regelmäßigen Kolloquien, Konferenzen und Arbeitskreisen finden sich die mehr als 280 Mitglieder der Leibniz-Sozietät e.V. zusammen und beschäftigen sich mit fächerübergreifenden Problemen der wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklung, mit aktuellen Forschungsproblemen, der Biosphäre sowie mit gesellschaftlichen Themen.

Die Ergebnisse der Tätigkeit der Leibniz-Sozietät e.V. werden u.a. in der Verlagsreihe „Abhandlungen der Leibniz-Sozietät“ veröffentlicht. In den letzten Jahren hat der Verein auch in Politik und Öffentlichkeit zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Orthografieform sowie in der Bildungs- und Gentechnikdebatte beigetragen.

Stichwort: Leibniz-Sozietät e.V.

Am 11. Juli 1700 gründete der Brandenburgische Kurfürst Friedrich III., späterer Preußenkönig Friedrich I., die Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften, aus der später die Akademie der Wissenschaften in Berlin hervorging. Initiator und Präsident der Gelehrtengemeinschaft war der deutsche Philosoph, Mathematiker und Forscher Gottfried Wilhelm Leibniz.

Als Leibniz-Sozietät konstituierte sich der Verein im April 1993 und führt seitdem die über 300 Jahre bestehende Gelehrtengesellschaft fort. Dabei sieht sich die Leibniz-Sozietät als unabhängige Wissenschaftsinstitution, welche die Forschungslandschaft ergänzt, beratend tätig ist, zu Diskussionen anregt und zum Nutzen der Gesellschaft beitragen möchte. Seit 1996 gibt es darüber hinaus die Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät e.V.. Sie verfolgt das Ziel, die wissenschaftlichen Aktivitäten des Vereins finanziell zu fördern und die Gesellschaft in öffentlichen und privaten Kreisen zu unterstützen.

Weitere Informationen erteilt Prof. Dr. Fritz Helmedag, Telefon (03 71) 5 31 - 41 82, E-Mail: f.helmedag@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Hochwertiger Bildungsexport nach Japan

Hochwertiger Bildungsexport nach Japan - Doshisha Universität und TU Chemnitz entwickeln bis 2007 gemeinsamen Masterstudiengang „Wissens- und Technologiemanagement“

Die Kontakte der Technischen Universität Chemnitz zu Hochschulen in Japan treten ab sofort in ein neues Stadium ein: Die TU Chemnitz schloss am 26. Juni 2005 mit der Doshisha Universität, einer der führenden Universitäten Japans, einen Vertrag über die Entwicklung eines gemeinsamen Studienganges. Für die Doshisha Universität unterzeichnete deren Präsident Prof. Dr. Eiji Hatta und für die TU Chemnitz Prof. Dr. Dieter Happel, Prorektor für Internationales und Hochschulentwicklung, die wegweisende Vereinbarung. Diese deutsch-japanische Kooperation genießt einen besonders hohen Stellenwert, weshalb auch die Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst Barbara Ludwig an der Vertragsunterzeichnung in Japan teilnahm.

Zum Inhalt der Zusammenarbeit beider Universitäten: An der Business School der Doshisha Universität wird in Kooperation mit der Universität Chemnitz in den nächsten zwei Jahren ein gemeinsamer deutsch-japanischer Masterstudiengang „Wissens- und Technologiemanagement“ vorbereitet. Grundlage der Kooperation sind der an der TU Chemnitz im Jahr 2002 erfolgreich eingeführte Studiengang „Wissensmanagement“ und die Kompetenz der Doshisha Business School in internationalem Technologiemanagement. Ziel ist die Entwicklung eines berufsbegleitenden Studienprogramms (Abschluss: MBA - Master of Business Administration), das sowohl in Europa als

auch in Asien angeboten wird. Es soll künftige Führungskräfte befähigen, Entscheidungsprozesse in modernen technologieorientierten, global agierenden Unternehmen erfolgreich zu managen. Zulassungsvoraussetzungen sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium, mindestens drei Jahre Berufspraxis, zertifizierte Englisch-Kenntnisse sowie die erfolgreiche Teilnahme an einem so genannten „Graduate Management Admission Test“ (GMAT).

„Japan bietet derzeit exzellente Bedingungen für die Rekrutierung von MBA- Studenten“, versicherte während der Vertragsunterzeichnung Prof. Peter Pawlowsky, Inhaber der Professur Personal und Führung an der TU Chemnitz und Initiator des neuen Studienganges. Insbesondere europäische Angebote hätten aufgrund der wachsenden Marktpräsenz japanischer Unternehmen in Europa und des damit einhergehenden steigenden Bedarfs an wirtschafts- und managementorientierter Ausbildung gute Chancen angenommen zu werden. „Die derzeitige Konjunkturerholung in Japan trägt dazu bei, dass junge Führungsnachwuchskräfte hoch motiviert, und bereit sind, Ressourcen in Aufstiegsförderung und verbesserte Beschäftigungschancen zu investieren. Hinzu kommt, dass in der Vergangenheit nur sehr wenige japanische Universitäten internationale MBA-Programme angeboten haben“, berichtet Prof. Pawlowsky, der aufgrund mehrerer Forschungsaufenthalte in Ja-

pan Einblicke in das dortige Hochschulwesen bekommen hat.

Der zweisemestrige englischsprachige Masterstudiengang ist mit einer Gesamtstundenzahl von 770 Unterrichtsstunden geplant. Im Studium sind mehrere einwöchige Präsenzmodule in Deutschland und Japan vorgesehen. Dazwischen liegen etwa zweimonatige E-Learning-Phasen. Die genaue Höhe der Studiengebühren wird im Rahmen der Vorbereitungsphase festgelegt. Das gemeinsame Projekt der Doshisha Universität und der TU Chemnitz unterstützt der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD). Mit den Mitteln werden Personal sowie Sach- und Mobilitätskosten finanziert. Bisher unterstützte der DAAD 21 deutsche Hochschulen, die Studienangebote ins Ausland transferieren. „Die Entwicklung des gemeinsamen Studienganges ist ein wesentlicher Meilenstein in den Internationalisierungsbemühungen der Chemnitzer Universität und ist Ausdruck der internationalen Strategie der TU, die vom Rektorat und vom Internationalen Universitätszentrum erarbeitet wurde“, schätzt Prorektor Prof. Happel ein.

Stichwort: Doshisha Universität

Die 1875 gegründete Doshisha Universität ist die älteste Privat-Universität Japans und seit über einem Jahrhundert eine der führenden und angesehensten akademischen Institutionen

des Landes. An der im Zentrum Kyotos gelegenen Universität sind derzeit 24.000 Studenten (darunter etwa 300 ausländische Studierende) in grundständigen und Aufbaustudiengängen eingeschrieben. Sie besitzt Fakultäten in Ökonomie, Betriebswirtschaftslehre, Ingenieurwissenschaften, Rechtswissenschaften, Theologie und Literaturwissenschaften und bietet eine breite Palette an Studienmöglichkeiten und interkulturellen Programmen. Im Rahmen des Programms für ausländische Studenten wurde 1999 das Zentrum für Japanische Sprache gegründet.

Der Partner der TU Chemnitz, die Doshisha Business School, ist als führende Business School mit einem speziellen Profil im Bereich Technologie Management in Japan bekannt und wurde vom anerkannten „Institute for Technology, Entrepreneurship and Competitiveness“ als eines von landesweit 21 COE (Centers of Excellence) ausgezeichnet. Daraus leitet sich eine hohe Wettbewerbschance des von der Doshisha Universität und der TU Chemnitz geplanten MBA-Programms ab.

Weitere Informationen erteilt Prof. Dr. Peter Pawlowsky, Telefon (0371) 531-4312, E-Mail: p.pawlowsky@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Alumni – die Zweite

Nachdem das erste Alumnitreffen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät im letzten Jahr ein voller Erfolg war, haben sich die Organisatoren dazu entschlossen, diese Veranstaltung zu wiederholen. Zum diesjährigen Alumnitreffen am Samstag, den 12. November 2005, sind alle ehemaligen Studenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät herzlich eingeladen. Um alte und neue Bekanntschaften zu pflegen und zu schließen, ist dies eine gute Gelegenheit. Auf dem Programm stehen ein lockeres „get together“ in der Kneipe Friedrichs Brauhaus (am Vorabend), die Besichtigung des Kulturkaufhauses „Das Tietz“, ein gemeinsames Fußballspiel mit dem „Rütgers Club“ (beides Samstagvormittag) sowie eine Podiumsdiskussion über den Zusammenhang von Lohnhöhe und Beschäftigung (am Samstagnachmittag). Am Abend findet der traditionelle Fakultätsball im Renaissance Hotel statt, an dem bis in die frühen Morgenstunden gefeiert und getanzt, alte Freundschaften aufgefrischt und neue Kontakte geknüpft werden können.

Die Organisatoren freuen sich über weitere Anmeldungen zum Alumnitreffen 2005 (Anmeldungen bitte an: Marlene Richter marlene.richter@wirtschaft.tu-chemnitz.de) und auf ein Wiedersehen mit alten Bekannten.

BK

Interaktives Wissensdrehkreuz entsteht

Projekt METORA schafft ein neues Angebot für Wissensmanagement im Mittelstand - Unternehmen sind zur Mitarbeit eingeladen

Während viele Großunternehmen bereits von Wissensmanagement profitieren, nehmen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) diesen Trend häufig noch als abstraktes Thema ohne konkreten Nutzen wahr. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) fördert daher im Rahmen der Initiative „Fit für den Wissenswettbewerb“ Vorhaben, die besonders mittelständische Unternehmen dabei unterstützen, die Potenziale des Wissensmanagements zu erschließen.

Diese Zielstellung greift das zur Förderung ausgewählte Verbundprojekt METORA auf. Mit METORA gehen der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM), die Forschungsstelle für organisationale Kompetenz und Strategie (FOKUS) an der Professur „Personal und Führung“ der TU Chemnitz und das Institut für Produkt- und Prozessberatung Core Business Development GmbH aus Berlin eine Partnerschaft für modernes Wissensmanagement in KMU ein.

Das Projekt eröffnet Unternehmen aller Branchen vielfältige Lernchancen zu praktiziertem Wissensmanagement. Dazu bauen die Projektpartner in den nächsten drei Jahren spezifische Wissensservices für KMU auf und stellen diese auf der Plattform <http://www.metora.de> öffentlich bereit. Die auf diesem „Wissensdrehkreuz“ unentgeltlich angebotenen Dienstleistungen reichen von Informationen für einen optimierten Umgang mit Wissen über Projektbausteine bis hin zur Vermittlung des direkten Austauschs zwischen Unternehmen und Experten. Diese Wissensservices sollen dazu beitragen, Potenziale des Wissensmanagements zu nutzen und Barrieren bei der praktischen Umsetzung in den Unternehmen zu überwinden. Auf diese Weise lassen sich Wettbewerbschancen von KMU dauerhaft erhöhen. Die Plattform wird zunächst vom BITKOM im „Unternehmensnetz der Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien“ implementiert und dann als Referenz-Anwendung auf andere Branchen übertragen.

Der zentrale Beitrag von FOKUS an der Professur „Personal und Führung“ der TU Chemnitz liegt im Aufbau des web-basierten Knowledge Laboratory-Wissensservice. Diese neuartige, interaktive Erfahrungsdatenbank entwickelt FOKUS gemeinsam mit der Chemnitzer Softwarefirma community4you und dem Berliner Institut Core Business Development GmbH.

Im Knowledge Laboratory sind eine Vielzahl von Projektbausteinen, bewährten Tools und Konzepten zur praktischen Umsetzung von Wissensmanagement enthalten. Diese Inhalte basieren auf Erfahrungsberichten von KMU und Großunternehmen. Sie werden gemeinsam mit diesen entwickelt, systematisiert und für die Nachnutzung in KMU vorbereitet. Erprobtes Wissen, das sich Unternehmer sonst nur über persönliche Kontakte von anderen Unternehmen und Institutionen beschaffen können, wird so im Knowledge Laboratory versammelt und allgemein verfügbar gemacht.

Die Nutzer des Knowledge Laboratory können diese Projektbausteine eigenständig in den unterschiedlichsten Anwendungskontexten zu neuen, maßgeschneiderten Lösungen kombinieren. Erfahrungen aus diesen innovativen Projekten finden dann wiederum Eingang in das Knowledge Laboratory, so dass die Erfahrungsbasis wächst und ein beständiger Austausch zwischen Unternehmen stattfindet. Ergänzt wird das Angebot mit Einführungs- und Transferworkshops, den „Wissenswerkstätten“ der Core Business Development GmbH. Mit ihren speziellen Methoden der Wissenskommunikation werden ziel- und lösungsorientierte Dialoge zwischen Praktikern im Sinne eines kooperativen Lernens gefördert.

Mit METORA erhalten kleine und mittlere Unternehmen maßgeschneiderte Leistungen für eine erfolgreiche Einführung von Wissensmanagement. Die lebendige Plattform wird den betrieblichen Austausch zu praktiziertem Wissensmanagement dauerhaft voranbringen. Unternehmen aller Branchen aus dem Mittelstand sind aufgerufen, sich als kritischer und konstruktiver Erfahrungsträger und Nutzer in das Verbundvorhaben einzubringen. Weitere Informationen dazu bieten die Homepage <http://www.metora.de> sowie die Ansprechpartner des Projektes:

Technische Universität Chemnitz, Forschungsstelle für organisationale Kompetenz und Strategie (FOKUS), Projektleiter: Prof. Dr. Peter Pawlowsky, Tel.: (0371) 531-4312, p.pawlowsky@wirtschaft.tu-chemnitz.de, Core Business Development GmbH Berlin, Institut für Produkt- und Prozessinnovation, Projektleiterin: Prof. Dr. sc. Brigitte Stieler-Lorenz, Tel.: (030) 65 48 49 10, stieler.lorenz@cbd-berlin.de, Projektmitarbeiter: Mag. rec. soc. oec. Klemens Keindl, Telefon (030) 65484910, keindl@cbd-berlin.de, Internet: <http://www.cbd-berlin.de>

Que pasa en Uruguay?

Praktikumsbericht von Nicole Grunewald

Dass man sich nicht mehr in Argentinien, aber auch noch nicht in Brasilien befindet, bemerkt man daran, dass die Menschen mit einem kleinen Becher aus Kürbisholz und metallendem Strohalm darin, sowie einer Thermosflasche unter dem Arm durch die Straßen wandern. Uruguay, oder genauer „Republik östlich des Uruguay“, ist nicht nur die Hauptstadt des Mercosur, sondern auch des Mates, einem Grüntee, der in seinem Sud getrunken wird, und deshalb „muy fuerte“ ist. Ob die „Uruguayos“ nun davon abhängig sind oder einfach nur einen hohen Konsum an Grüntee haben, hängt vom Auge des Betrachters ab.

Von den 5,2 Mio. Einwohnern lebt die Hälfte in Montevideo, der Hauptstadt des Landes. Und wie die meisten Hauptstädte Südamerikas besitzt auch Montevideo ein Goethe Institut. Die Hauptaufgabe dieser Institute besteht in der kulturellen Repräsentation Deutschlands. Dafür gibt es neben Deutschkursen eine Programmabteilung sowie ein „Centro de información y biblioteca“.

Ich absolviere gerade mein Praktikum in der Abteilung Information und Bibliothek. Passend zum Informationszeitalter liegt der Schwerpunkt nicht mehr nur auf der Bereitstellung von Büchern, sondern auf der Verbreitung

von Informationen und Kenntnissen, die zur Nutzung von Informationsquellen, wie dem Internet, nötig sind. In Zusammenhang mit diesem Ziel werden für die Besucher der Bibliothek und Bibliothekare aus anderen Einrichtungen des Landes Workshops und Seminare zum Thema Internetnutzung,

the Institute, mit der Bereitstellung von Informationen, die den Interessen der Leser soweit wie möglich angepasst werden. Dadurch werben wir nicht nur, sondern stellen auch eine Dienstleistung bereit.

Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei nicht nur Deutschland, sondern auch aktuelle Entwicklung in der Europäischen Union, die als eine Art Vorbild für den Mercosur betrachtet wird.

Uruguay selbst ist reich an Kultur, im Sinne von Theater, Kunst und Musik. Nicht verbergen lassen sich die Spuren der letzten Wirtschaftskrise in Argentinien 2001/02, die sich auch auf die anderen Mercosur-Staaten und ins Besondere Uruguay ausgedehnt hat. Uruguay ist eine kleine Volkswirtschaft und exportiert vorrangig Primärgüter, wie Rindfleisch. Was Uruguay unter den südamerikanischen Ländern hervorstechen lässt, ist die Tatsache, dass trotz eines problematischen Sozialsystems hier eine Mittelschicht existiert,

wodurch das Leben in Montevideo wesentlich sicherer ist als z.B. in den Megalopolen Brasiliens.

Stellt sich die Frage: Was ist ein „Uruguayo“? Weder Urwald- noch Regenwaldbewohner, sondern ein Einwohner der Republik östlich des Flusses Uruguay.



Im Zentrum und Norden des Landes ist Uruguay mit Hügelketten bedeckt. Der Süden des Landes ist nahezu flach. Die uruguayische Wirtschaft stützt sich maßgeblich auf die Landwirtschaft, die dort betrieben wird.

Digitalisierung und Urheberrechtsschutz organisiert.

Das Institut steht in engem Kontakt zur deutschen Botschaft und der Außenhandelskammer in Montevideo. Meine Abteilung vereint die Verbreitung eines aktuellen Deutschlandbildes, eine der Hauptaufgaben der Goe-

Als „Uni-Botschafter“ in Uganda

von Janine Mahler

Juniorprofessor Dr. Dirk Rübhelke warb an der Makerere Universität in Kampala um eine Forschungs- und Hochschulkooperation und kaufte Bücher von den Spendengeldern Chemnitzer Studenten.

„Mzungu“ (der weiße Mann) wurde Dr. Dirk Rübhelke, der an der TU Chemnitz die Juniorprofessur für Europäische Wirtschaft inne hat, von den afrikanischen Kindern gerufen. Von Mitte Juli bis Mitte August 2005 unternahm Rübhelke eine Forschungsreise nach Kampala in die Hauptstadt Ugandas. Sein Ziel war es, eine Forschungs-kooperation mit der Makerere Universität aufzubauen und eine Partnerschaft zwischen der afrikanischen

Hochschule und der TU Chemnitz voranzutreiben.

Und die Arbeit hat sich gelohnt: Gemeinsam mit Prof. John Ddumba, dem Leiter des Institute of Economics der Makerere Universität, wird sich Rübhelke in einem Forschungsprojekt mit der Entwicklungshilfe und der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter beschäftigen. Dahinter steht die Idee, eine Vernetzung zwischen der Hilfe vor Ort, wie der Armutsbekämpfung, und der Bekämpfung sich weltweit verbreitender Krankheiten oder dem globalen Umweltschutz zu schaffen. Daher wird Prof. Ddumba voraussichtlich auch am vierten Symposium „Europa und Umwelt“ im Mai 2006 an der TU Chemnitz

teilnehmen, welches die Juniorprofessur für Europäische Wirtschaft jährlich gemeinsam mit Prof. Dr. Klaus-Dieter John, Professur für Wirtschaftspolitik, organisiert.

„Was die Hochschulkooperation angeht, würde sich die Makerere Universität über eine Partnerschaft sehr freuen“, so Rübhelke. Chemnitzer Studenten könnten im Austausch an der Universität in Kampala ein Semester lang gebührenfrei studieren. „Auch Praktika für Chemnitzer Studenten wurden mir bereits vom UNDP (United Nations Development Programme) in Aussicht gestellt“, betont der Juniorprofessor. „Zudem habe ich mit vielen anderen dort ansässigen, international

agierenden Organisationen Kontakt aufgenommen, wie der Weltbank, der Vertretung der Europäischen Kommission, dem Internationalen Währungsfonds und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Der Botschafter der Europäischen Kommission in Uganda, Sigurd Illing, hat in einem gemeinsamen Gespräch die Zusammenarbeit zwischen der Makerere Universität und der TU Chemnitz sehr begrüßt.“ Auch Esther Smykalla, Geschäftsführerin des Internationalen Universitätszentrums an der TU Chemnitz, freut sich über das Engagement und das Interesse an der Kooperation: „Partneruniversitäten mit einem englischsprachigen Lehrangebot sind bei den Studierenden immer sehr gefragt. Auch die Nachfrage nach außergewöhnlichen Orten für ein Auslandssemester steigt.“

Eine weitere Aufgabe, die auf Dr. Rübbelke in Uganda wartete, war die

Übergabe der von Chemnitzer Studenten im Rahmen der Afrika-Woche gesammelten Spendengelder an die New Bubajjwe Primary School in Kampala. Die kurz vor ihrem Abschluss stehende Politik- und VWL-Studentin Caroline Schmidt referierte im Juli im Chemnitzer „Club der Kulturen“ über ihre Erfahrungen an dieser Schule, an der sie eine Zeit lang Englisch lehrte. Im Anschluss sammelte sie gemeinsam mit anderen Studenten Spendengelder für die Grundschule in Kampala. Eingesetzt werden sollte die Summe in Höhe von 1.020 Euro für die Anschaffung neuer Bücher. Rübbelke nahm sich dieser Aktion an, um auf seiner Forschungsreise das Geld für den Bücherkauf einzusetzen und diese dann direkt zu übergeben. „In meiner Freizeit besuchte ich einige Buchhandlungen in Kampala und verglich die Preise. Am Ende konnte ich sogar noch einen Nachlass aushandeln“, erzählt Rübbel-

ke. So konnte er, für durchschnittlich weniger als vier Euro das Stück, 261 Schulbücher und 30 zusätzliche Geometriesets erwerben. Dennoch waren es nicht genug Bücher für alle sieben Klassenstufen der New Bubajjwe Primary School.

„Eine weitere Unterstützung dieser Schule hat sich auch das Europa-Afrika-Projekt an der TU Chemnitz zum Ziel gesetzt, an dem verschiedene Professoren mitarbeiten“, so der Juniorprofessor. Studenten werden sich wissenschaftlich mit beiden Kontinenten befassen und ihre Ergebnisse am 15. November 2005 beim ersten „Afrika-Europa-Tag“ präsentieren. Weitere Informationen erteilt Dr. Dirk Rübbelke, Telefon (03 71) - 531 42 12, E-Mail: dirk.ruebbelke@wirtschaft.tu-chemnitz.de. Das Europa-Afrika-Projekt im Internet: <http://www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/ewi/projekte/afrika.php>

Studentisches Engagement für den schwarzen Kontinent

Rebecca Braun erläuterte in einem Interview ihre Motivation beim Europa-Afrika-Projekt mitzuwirken

Rebecca Braun ist eine von ca. 15 Studentinnen und Studenten, die sich im Europa-Afrika-Projekt engagieren (siehe vorheriger Artikel). Die 24-jährige geborene Schweizerin studiert im fünften Semester Europa Studien und engagiert sich nebenbei in der Initiative Europa Studien e.V.. Mit dem CWG-Dialog sprach sie über das Europa-Afrika-Projekt:

CWG-Dialog: Wie kam es dazu, dass Sie sich am Europa-Afrika-Projekt beteiligen?

Braun: Ich habe vor ein paar Monaten den Film Hotel Ruanda gesehen und war von den Ereignissen, die dort gezeigt werden, sehr schockiert. Kurze Zeit später erfuhr ich von dem Europa-Afrika-Projekt, das an der TU Chemnitz initiiert wurde. Ich war begeistert von der Idee, Forschung und Bewusstseinsbildung verbinden zu können. Somit nutzte ich die Gelegenheit und beteiligte mich. Schließlich ist aus dem Engagement nicht nur eine gute Sache, sondern auch ein Bachelor-Projekt geworden.

CWG-Dialog: Haben Sie auch einen persönlichen Bezug zu Afrika?

Braun: Ja, vor vier Jahren half meine Mutter einer togolesischen Familie, die lange im Kirchenasyl leben musste, nach Kanada auszuwandern. Wir haben immer noch sehr engen Kontakt zu der Familie Segebeayas.

Letztes Semester habe ich ein Seminar zum Thema Asyl und Migrationspolitik bei Herrn Prof. Dr. Söllner besucht, wodurch ich mich erneut intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt habe.

CWG-Dialog: Im Rahmen des Projekts wurden verschiedene Forschungsthemen verteilt, die die Studenten und Studentinnen bearbeiten sollen. Was ist Ihr Forschungsthema?



Die Studentin der Europa Studien, Rebecca Braun, engagiert sich im Europa-Afrika-Projekt

Braun: Ich beschäftige mich mit der Europäischen Entwicklungshilfe in Uganda. Das Thema ist sehr spannend und aktuell. Am Ende der Forschungstätigkeit stehen eine Präsentation am 15. November und eine schriftliche Ausarbeitung.

CWG-Dialog: Welche anderen Aufgaben nehmen Sie im Rahmen des Projekts wahr?

Braun: Ich habe für den Europa-Afrika-Tag am 15. November mit der Mensaleitung das Mittagessen abgesprochen. Herr Müller war von der Idee, afrikanisches Essen anzubieten, sehr begeistert. Ich habe ihm einige Rezepte vorgeschlagen und bin schon sehr gespannt, welche Gerichte die Mensa auswählen wird. Außerdem wird es an dem Tag in der Mensa einen In-fostand geben und zwei Studentinnen kümmern sich um die Dekoration der Wände mit Stoffen und Trachten.

CWG-Dialog: Haben Sie weitere Pläne für die Zukunft in Bezug auf Afrika?

Braun: Das weiß ich noch nicht, aber das Projekt hat mein Interesse geweckt. Es ist wirklich eine spannende und gute Sache, deshalb will ich auf jeden Fall weiter im Projekt mitarbeiten. Ich würde auch gerne einmal ein Praktikum oder etwas Ähnliches in Afrika machen.

Im Moment plane ich, meine Bachelorarbeit über die Europäische Asylpolitik zu schreiben. Das ist auch ein sehr spannendes und viel umstrittenes Thema.

BK

Atypische Beschäftigungsformen am Beispiel ostdeutscher KMU

Auszüge aus der Bachelorarbeit von Carolina Welter betreut von Herrn Dr. Ingo Winkler,
Mitarbeiter des Lehrstuhls für Organisation der TU Chemnitz

Infolge der fortschreitenden Globalisierung der Weltwirtschaft kommt es zu einem sich verstärkenden Wettbewerbsdruck auf den internationalen Märkten. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Unternehmen agieren, zeichnen sich durch eine immer größer werdende Instabilität und einen stärkeren Anpassungsdruck aus. Dies betrifft sowohl die Gütermärkte als auch die Faktormärkte. Unternehmen müssen sich immer schneller an neue Entwicklungen anpassen.

Dies kann nur erfolgreich geschehen, wenn eine hohe Flexibilität der Unternehmung gegeben ist. Diese Flexibilität ist nicht nur auf der Absatzseite erforderlich, sondern insbesondere auch innerhalb der Unternehmensstrukturen selbst, etwa bei dem Einsatz der Arbeitskräfte. Nicht zuletzt deshalb, ist in den vergangenen Jahren ein allgemeiner Wandel der Beschäftigungspolitik zu beobachten. Es wird von einer Ausweitung der atypischen Beschäftigungsverhältnisse gesprochen. Der Wandel der Beschäftigungspolitik äußert sich zum Teil in der Ablösung der Normalarbeitsverhältnisse durch atypische Beschäftigungsformen wie z. B. Leiharbeit, Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung und Telearbeit. Unter atypischen Beschäftigungsverhältnissen werden die Beschäftigungsformen verstanden, die nicht dem Denkkonstrukt des Normalarbeitsverhältnis entsprechen, d. h. eine fehlende Kontinuität des Arbeitseinsatzes, geringeres Arbeitsstundenausmaß, fehlende sozialrechtliche Absicherung und/oder permanent außerbetrieblichen Arbeitseinsatz aufweisen.

In den letzten Jahrzehnten ist in fast allen industrialisierten Ländern ein Zuwachs an atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu beobachten. Wie bisherige Studien belegen, stellen Atypisierung und Wandel der Arbeitsmärkte dauerhafte und nicht nur temporäre Erscheinungen dar. Die Motive für den Wandel der Beschäftigungsformen sind verschieden. Zum einen sehen sich die Akteure neuen Flexibilitätsanforderungen aufgrund veränderter Produktionskonzepte gegenüber, zum anderen herrscht ein international immer stärker werdender Konkurrenz- und Kostendruck.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland war in den letzten Jahren ein Zuwachs der atypischen Beschäftigungsverhältnisse zu beobachten. Der Anteil der atypischen Beschäftigung wird zwischen 40% und 50% geschätzt, mit einer Steigerungsrate zwischen 10% und 20% in ca. fünf

Jahren. Die Teilzeitarbeit ist auch hier die am weitesten verbreitete Beschäftigungsform. Insgesamt waren 2003 22,3% der Gesamtbeschäftigten Teilzeitarbeitnehmer. Die Statistiken zeigen, dass in den letzten Jahren in Deutschland die Teilzeitarbeit eine sehr dynamische Entwicklung angenommen hat. Allerdings ist die Teilzeitbeschäftigung im früheren Bundesgebiet mit 24% stärker verbreitet als in den neuen Bundesländern (21%).

Aufgrund der unterschiedlichen Erhebung der Daten und der in den letzten Jahren vorgenommenen Gesetzesnovellierungen ist es schwer bei der geringfügigen Beschäftigung konkrete Angaben zu machen. Die Analyse verschiedener Datenquellen hat aber ergeben, dass ein kontinuierlicher Anstieg der Anzahl der geringfügig Beschäftigten in den letzten Jahren stattgefunden hat.

In der Zeitarbeitsbranche wird seit den 70er Jahren in Deutschland ein jährlicher durchschnittlicher Beschäftigungszuwachs von 11 % verzeichnet. Trotz des Wachstums ist der Arbeitsmarkt für Leiharbeit in Deutschland im internationalen Vergleich noch sehr klein (ca. 1% der Gesamtbeschäftigung). Dieser hat aber eine sehr hohe Dynamik mit einer Wachstumsrate von ca. 20%. Die Entwicklung der Leiharbeit im Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland ist sehr unterschiedlich. In Ostdeutschland waren 2003 weniger Leiharbeiter beschäftigt als in Westdeutschland.

Zu der Entwicklung und Verbreitung der Telearbeit in der Bundesrepublik Deutschland gibt es wenige Daten, die unvollständig und unzureichend sind. Der Anteil der Telearbeit an den Gesamterwerbstätigen wird von verschiedenen Quellen zwischen 1999 und 2000 auf 0,5% und 6,0% geschätzt.

Die Analyse der Statistiken ergibt einen Wandel in der Erwerbsstruktur, der in der aktuellen Literatur aus verschiedenen Perspektiven diskutiert wird. Auf der einen Seite wird argumentiert, dass die Zunahme an atypischen Beschäftigungsverhältnissen zur Stabilisierung der Entwicklung des Normalarbeitsverhältnisses (NAV) beiträgt. Zum anderen wird darüber diskutiert, in wie weit die neuen Beschäftigungsverhältnisse das NAV ablösen. Andere sprechen in diesem Zusammenhang nur von einer Krise des NAV.

Anhand einer empirischen Studie, die in kleinen und mittelständischen Unternehmen in Ostdeutschland durchgeführt wurde, sollte festgestellt

werden mit welcher Intensität die atypischen Beschäftigungsverhältnisse in den Betrieben genutzt werden.

Die Analyse der Ergebnisse der Studie ergab, dass die Leiharbeit, im Gegensatz dazu, wie es in der aktuellen Literatur dargestellt wird, mit hoher Intensität genutzt wird. Die geringfügige Beschäftigung und die Teilzeitbeschäftigung finden auch einen hohen Nutzen in KMU in Ostdeutschland. Die Telearbeit findet im Gegenzug nur wenig Verbreitung. Die an der Studie beteiligten Unternehmen nannten als Hauptgründe für die Nutzung atypischer Beschäftigungsformen die damit verbundene Erhöhung der Flexibilität und Produktivität in den Betrieben. Diese Gründe nehmen einen sehr hohen Stellenwert ein, denn ohne Flexibilität und Produktionssteigerung könnten viele Unternehmen in der heutigen globalisierten Welt dem Wettbewerb nicht standhalten. Allerdings ergeben sich für die Unternehmen, die viele atypische Beschäftigungsverhältnisse verzeichnen, auch negative Aspekte, wie beispielsweise Qualitätseinbußen. Zwar werden die atypischen Beschäftigungsformen in großen Maßen genutzt, aber anteilig an der Gesamtmitarbeiterzahl der Unternehmen machen sie nur einen kleinen Prozentsatz aus.

Insgesamt kann geschlussfolgert werden, dass die atypischen Beschäftigungsformen in den ostdeutschen KMU das Normalarbeitsverhältnis nicht ablösen bzw. ersetzen, wie es hingegen in der Literatur häufig diskutiert wird. Vielmehr handelt es sich bei dem Zuwachs der atypischen Beschäftigungsformen um zusätzlich entstandene Arbeitsplätze.



Carolina Welter hat im Sommersemester 2005 ihr Studium der Europa Studien abgeschlossen.

Long-Run Growth and Recycling: A Material Balance Approach

von Nadine Chilla

Am 19.10.2005 war es soweit. Das erste Mal in diesem Semester fand wieder ein Forschungsseminar der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der TU Chemnitz, das den Titel „Long-Run Growth and Recycling: A Material Balance Approach“ trug, statt. Dr. Karen Pittel von der ETH Zürich stellte ein Modell vor, welches das Problem des langfristigen Wachstums in Verbindung mit Recycling darstellt. Das Modell erstellte sie in Zusammenarbeit mit Jean-Pierre Amigues, University of Toulouse/INRA, und Prof. Dr. Thomas Kuhn, Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwirtschaft an der TU Chemnitz.

Einleitung

In früheren wachstumstheoretischen Ansätzen betrachtete man vor allem die treibenden Faktoren des Wachstums wie technischen Fortschritt, Diversifikation, Globalisierung und Kapitalakkumulation. Erst im Laufe der Zeit verlagerte sich das Augenmerk auch auf die Knappheit von Ressourcen, sowie Verschmutzung und Abfall. In Bezug auf nicht erneuerbare Ressourcen beschränkte sich die Analyse jedoch meist auf die optimale Ausbeutung des Bestandes sowie die Notwendigkeit von Substitutionsprozessen bei steigenden Preisen. Diese Betrachtung ist laut den Autoren jedoch ungenügend. Da entsprechend Lavoisiers Gesetz Material nur umgewandelt, aber nicht vernichtet werden kann und dementsprechend „Was in ein Modell eingeht, auch wieder rauskommen muss“, sollte eine umfassende Analyse des Einsatzes nicht erneuerbarer Ressourcen den Materialstrom im gesamten Modell verfolgen. Recycling ist eine Möglichkeit dem Rechnung zu tragen. Der Bestand an abgebauten Ressourcen kann zwar nicht wiederhergestellt werden, doch er kann umgewälzt werden, was die Grenzen der Erschöpfbarkeit hinausschiebt. Kupfer beispielsweise ist potentiell zu fast 100% recycelbar. Verluste durch Dissipation sind sehr gering und treten z.B. bei Verwendung von Kupfer in Nahrungsmitteln und manchen chemischen Stoffen auf. Entsprechend Schätzungen von Ayres et al. (2002) wird vermutet, dass der heute bekannte Bestand an jungfräulichen Ressourcen an Kupfer bis 2025 ausgebeutet sein wird, wogegen die Nachfrage erst zwischen 2055 und 2085 maximal ausfällt. So wird irgendwann wahrscheinlich nur noch recycelt werden. Im Gegensatz zum Direktabbau ist dies auch wesentlich umweltschonender. Das von Pittel entwickelte Modell konzentriert sich auf Recycling als Quelle für

neue Inputs während Umweltschäden aus Recycling und Ressourcenabbau zunächst vernachlässigt werden.

Das Modell

Kapital, natürliche Ressourcen, recycelter Abfall und Arbeit gehen als Input in das Modell ein. Produziert werden hieraus einerseits Wissen aus Forschung und Entwicklung, welches sich in Patenten für neue Zwischenprodukte niederschlägt, welche dann unter mo-



Dr. Karen Pittel studierte in Göttingen und North Carolina Volkswirtschaftslehre. Ihre Dissertation zum Thema „Endogenous Growth and Sustainable Development“ fertigte sie an der Technischen Universität Chemnitz an, wo sie bis zum Jahr 2003 beschäftigt war. Für ihre hervorragende Arbeit erhielt sie eine Auszeichnung der Commerbank Chemnitz. Seit 2003 ist sie am Lehrstuhl für Ökonomie/ Ressourcenökonomie der ETH Zürich beschäftigt. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Wachstumstheorie, nachhaltige Entwicklung und Umweltökonomie.

nopolistischer Konkurrenz produziert werden. Die Zwischenprodukte werden in der Produktion von Endprodukten eingesetzt, welche wiederum für Konsum und Investitionen eingesetzt werden können. Ressourcen und Recyclingprodukte, welche im investierten Output enthalten sind, bleiben im Kapitalstock gebunden und nur der Teil, welcher im konsumierten Output enthalten war, kann später wieder recycelt werden.

Wie in den meisten Modellen, sind auch in diesem mehrere Arten von Marktversagen festzustellen. Quellen dafür sind die monopolistische Konkurrenz, ein fehlender Markt für Abfall und somit ein zu hoher Nettopreis für Konsumgüter und ein zu niedriger Preis für recycelten Abfall, sowie eine zu hohe Einschätzung von Knappheit aufgrund einer Unterschätzung des Recyclingpotentials. Somit ist die Priorität die Schaffung eines Marktes für Abfall und Recycling. Ein positives Beispiel für Tendenzen in diese Richtung zeigt sich seit geraumer Zeit am Automobilmarkt. Die Nachfrage nach alten, schrottreifen Autos ist heute schon sehr hoch. Autohändler bieten für die „Alten“ oft hohe Summen, da besonders China einen guten Absatzmarkt für diese bietet. So sichert man sich Ressourcen.

Langfristig werden jedoch immer mehr Ressourcen und recycelte Materialien im Kapitalstock gebunden, so dass nicht nur der Bestand an Ressourcen irgendwann gegen „0“ geht, sondern auch das Recycling.

Ergebnis

Im Rahmen des vorgetragenen Papers wird gezeigt, dass eine nachhaltige Entwicklung auch ohne den Eingriff des Staates im Sinne einer aktiven Umweltpolitik möglich ist. Die Betrachtung des aus der Verwendung von nicht-erneuerbaren Ressourcen stammenden Abfalls als Quelle wertvoller Inputs impliziert, dass es profitabel ist, den gesamten Abfall langfristig dem Recycling zuzuführen. Konsequenterweise ist langfristig positives Wachstum bei abnehmenden Abfallbeständen auch ohne Regulierung zu erreichen. Nichts desto trotz bedeutet die zunehmende Bindung von Materialien im Kapitalstock, dass trotz Recycling langfristig eine Dematerialisierung des Outputs stattfindet. Die Lenkung durch die Umweltpolitik wäre zwar wünschenswert und nötig für eine optimale, nicht aber für eine nachhaltige Entwicklung. Es ist außerdem wichtig der Bevölkerung und der Industrie begreiflich zu machen, dass Abfallbestände Quelle für neue Inputs sind.

Europäische Umweltpolitik – eine deutsch-tschechische Perspektive

von Bettina Knopp

Im idyllischen Seiffen des Sächsischen Erzgebirges fand vom 22. bis 24. Oktober eine Konferenz zur europäischen Umweltpolitik statt. An der vom Sächsisch-Tschechischen Hochschulzentrum, der Professur für Wirtschaftspolitik und der Juniorprofessur für Europäische Wirtschaft organisierten interdisziplinären und binationalen Konferenz nahmen ca. 80 Studenten und Dozenten aus Sachsen und Tschechien teil. Die europäische Umweltpolitik, ihre Voraussetzungen und Auswirkungen, wurden durch eine Vielfalt an Referenten, die aus vielerlei Fachgebieten stammten, abwechslungs- und perspektivenreich beleuchtet und diskutiert.

Nach einer kurzen Begrüßung durch Holm Krieger, vom Sächsisch-Tschechischen Hochschulzentrum der TU Chemnitz, machte Udo Kolbe, Umweltdezernent des Landkreises Mittlerer Erzgebirgskreis, mit seinem Vortrag den Anfang. Er gab einen kurzen Einblick in die ökologische und ökonomische Situation der Region Mittlerer Erzgebirgskreis und wies darauf hin, dass in Anbetracht des massiven Waldsterbens der 70er Jahre durchaus noch umweltpolitischer Handlungsbedarf bestünde. Zwar hätte sich die Situation durch Entschwefelung, Modernisierungen und letztendlich die Schließung von Braunkohlekraftwerken wesentlich verbessert, Schäden entstünden jedoch weiterhin durch die Chemieindustrie auf der anderen Seite der nahe gelegenen tschechischen Grenze.

Einen ersten Lösungsvorschlag für derartige Umweltprobleme bot Prof. Dr. Klaus Dietrich John, Mitorganisator der Konferenz und Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der TU Chemnitz, in seinem Vortrag an. In Anbetracht der weltweit steigenden CO₂-Emissionen seien BTL (Biomass to Liquids) - Kraftstoffe eine ökologisch sinnvolle Alternative zu herkömmlichen Ressourcen. Dieser Kraftstoff ließe sich aus Restholz, Fallholz und Energiepflanzen herstellen, sei jedoch aufgrund der hohen Pflanz-, Ernte- und Transportkosten bedauerlicherweise teurer als Rohöl. Durch positive Synergieeffekte, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, die Nutzung von Brachflächen und der Export von Umwelttechnologien, könnte dieser Kraftstoff jedoch auch einen ökonomischen Nutzen haben.

Im Anschluss erklärte Dr. Dirk Rüb-
belke, ebenfalls Organisator der Konferenz und Juniorprofessor für Europäische Wirtschaft an der TU Chemnitz,

seinen Ansatz zur weltweiten Senkung der CO₂-Emissionen. Sein Modell stellt einen Gegenvorschlag zum derzeitigen Kiotoprotokoll dar. Durch die Nichtbeteiligung großer Industriestaaten, wie den USA und Australien, tritt der Effekt auf, dass einige Staaten in den Klimaschutz investieren, während andere nur profitieren. In Rüb-
belkes Matching-Verfahren wären diejenigen benachteiligt, die sich nicht daran beteiligen. Im Prinzip funktioniert das Verfahren so, dass beispielsweise ein Industriestaat einem Entwicklungsland das Matching-Angebot macht, dass er für jede Tonne Emissionen, die im Entwicklungsland reduziert wird, selber eine weitere Tonne reduziert. Dieses Verfahren ist für beide Parteien sinnvoll, da das Entwicklungsland mit seinem finanziellen Aufwand die doppelte Emissionsmenge einspart und der Industriestaat nur die Hälfte der Einsparungskosten tragen muss.

Eine tschechisch-regionale Sichtweise auf den Umweltschutz legte Doc. Ing. Iva Ritschelová in ihrem Vortrag dar. Sie diskutierte die Ausgaben des Umweltschutzes und widmete sich der Frage, ob diese die regionale Entwicklung stimulierten oder bremsen. In ihrem Vortrag kam sie zu dem Ergebnis, dass das Bruttoinlandsprodukt allgemein eine schlechte Referenzgröße sei, da negative Klimafolgen sich auf das BIP positiv auswirkten. Man könne auch schlecht bestimmen, ob Umweltinvestitionen die Arbeitslosigkeit erhöhen und Inflation verursachen. Die Ausgangsfrage wollte sie schließlich nicht eindeutig beantworten, da es zu viele Faktoren zu berücksichtigen gelte.

Zum Abschluss des Tages referierte Dr. Karen Pittel zur „Nachhaltigen Entwicklung in der EU“. Sie betrachtete zwei Säulen (die ökologische und die ökonomische) nachhaltiger Entwicklung, die mit Instrumenten, wie dem „ecological footprint“ und „genuine savings“, gemessen werden können. In ihrer Analyse der Indikatoren, die in diesen zwei Ansätzen bewertet wurden, kristallisierte sich heraus, dass die neuen Mitgliedstaaten der EU in Fragen der Nachhaltigkeit keinesfalls schlechter abschneiden als die alten Mitgliedstaaten. In der erweiterten EU fände jedoch eine starke Übernutzung der Ökosysteme statt; die derzeitige ökonomische Entwicklung sei hingegen gut. Abschließend stellte sie fest, dass sich die langfristige Entwicklung derzeit noch nicht beurteilen ließe.

Der zweite Tag der Konferenz war

weitestgehend von Beiträgen der tschechischen Teilnehmer geprägt. Als erstes referierte Assoc. Prof. RNDr. Alois Hynek von der Masaryk-Universität Brunn über die „Regionale Umweltschutzstrategie in der Tschechischen Republik im Zusammenhang mit der EU“. Er bezog sich dabei auf die Region Vysočina-Oberland im Norden der Tschechischen Republik. In Anbetracht der touristischen Nutzung der ländlich geprägten Region stellten das ebenfalls dort angesiedelte Kernkraft- sowie das Uranbergwerk nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Probleme dar. Nach einer Befragung in der Bevölkerung lagen die Schwerpunkte für eine nachhaltige Entwicklung der Region jedoch in anderen Bereichen, wie der Erhaltung des Landschaftsbildes, der Revitalisierung der Wasserläufe und der Information der Bevölkerung über die Regionalplanung. Ein unge-
löstes Problem seien derzeit die anfallenden Uranabfälle sowie eine hohe Migrationsrate aufgrund des Kernkraftwerks.

Beim Koordinierungszentrum für Umwelt der Karls-Universität Prag arbeiten Jiří Dlouhý und Jana Dlouhá. Sie stellten die Aktivitäten des Koordinierungszentrums vor, zu denen die Zertifizierung von Universitäten nach der Umweltrichtlinie ISO 14.001 und die Umweltbildung gehören. Ihrer Meinung nach sind Bildung und Innovation die Motoren nachhaltiger Entwicklung. Aus diesem Grund gehört zu ihren Aktivitäten beispielsweise das Anbieten von Online-Seminaren zur Umweltbildung. Ihre Projekte werden teilweise in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen in der EU, wie der Universität Lüneburg, realisiert.

Ein Beispiel für die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit stellte RNDr. Václav Poštolka von der TU Liberec vor. Eine seiner Forschungstätigkeiten der letzten Jahre war die Entwicklung von Indikatoren zur Bewertung der Umwelt. Sein vorrangiges Forschungsgebiet war das Dreiländereck Polen-Tschechien-Deutschland, das so genannte schwarze Dreieck. Er stellte fest, dass der environmental load (die Belastung der Umwelt) auf der tschechischen Seite sehr hoch ist, was seiner Meinung nach nicht nur an den Industrieanlagen in Tschechien liegt. In Zukunft müsse diese Belastungsanalyse auch in den angrenzenden Region Deutschlands und Polens durchgeführt werden, um schließlich gemeinsame Handlungsperspektiven entwickeln zu können.

Einen fast reißerischen Vortrag zur europäischen Umweltpolitik hielt im Anschluss Holger Kraemer, Mitglied des Europäischen Parlaments (FDP). Seine Frage, ob Umweltpolitik positive Auswirkungen auf die Wirtschaft hat, konnte er eindeutig mit Nein beantworten. Er betrachtete die fast 600 Verordnungen und Richtlinien der EU als hinderlich für Kleine- und Mittlere Unternehmen und prangerte die EU an, nicht nach wissenschaftlichen Erkenntnissen zu handeln und zu versuchen, jegliches Risiko auszuschließen, was unmöglich sei. Sein Vortrag löste zwar viel Empörung aus, sorgte aber auch für jede Menge Gesprächsstoff im weiteren Verlauf der Konferenz.

Die Auswirkungen eines EU-Beschlusses illustrierte Doc. RNDr. Zdeněk Lipský von der Karls-Universität Prag. Er zeigte, wie die European Landscape Convention (2000) in der Tschechischen Republik umgesetzt wird. Die vorwiegend monokulturelle Nutzung der Landschaft zu Zeiten der Planwirtschaft werde heute durch Landschaftspflege, Revitalisierung und Rekultivierung ausgeglichen. Auf regionaler, lokaler und internationaler Ebene werde ein europäisches ökologisches Netz errichtet, das sich beispielsweise aus Biokorridoren und Biozentren zusammensetzt.

Am Ende des zweiten Konferenztages referierte Dr. Liane Möller vom Internationalen Hochschulinstitut (IHI) in Zittau über aktuelle umweltpolitische Entwicklungen in der EU. Sie nannte einige Beispiele für EU-Richtlinien und ihre Umsetzung und zeigte einige Schwächen der europäischen Umweltpolitik auf. So beurteilte sie Umwelt- und Ressourcenschutz nicht unbedingt als Wettbewerbsvorteile; die Umwelthaftung, die die Beseitigung eines Umweltschadens durch den Verursacher vorsieht, sei aufgrund der schwierigen Feststellung des Verursachers auch nicht einfach durchzusetzen; Steuereinnahmen aus Ökosteuern und Umweltabgaben würden auch keiner Kontrolle unterliegen, so dass sie mühelos zur Sanierung des Haushalts verwendet werden können. Schließlich würden steigende Kosten durch Umweltinvestitionen auf den

Verbraucher umgewälzt und in Folge dessen die Gefahr von Inflation oder Deflation steigen. Positive Effekte auf die Wirtschaftsentwicklung durch die derzeitige europäische Umweltpolitik seien also nicht zu erwarten.

Eine mesoökonomische Sicht der europäischen Umweltpolitik entfaltete am letzten Tag der Konferenz Dr. Jana Brauweiler (IHI, Zittau). Sie stellte Umweltmanagementsysteme, die als ordnungsrechtliche Instrumente der europäischen Umweltpolitik gelten, vor und unterzog ihren Einsatz einem deutsch-tschechisch-polnischen Vergleich. In ihren Analysen stellte sie fest, dass unter den beiden Umweltmanagementsystemen ISO (International Organization for Standardisation) 14.001ff. und EMAS (Eco-Management

inhalten) eine Bewertung des Erneuerbare Energien Gesetzes sowie des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes. In Anbetracht des fortschreitenden Einsatzes von Wind- und Solarenergie aufgrund dieser beiden Gesetze würde sie die zusätzliche Subventionierung von Blockheizkraftwerken auf Wasserstoffbasis befürworten. Diese könnten umweltschädliche Großkraftwerke, die derzeit den restlichen Energiebedarf decken, ersetzen und die Energieversorgung dezentral regeln. Somit wären eine Senkung der Emissionen und eine kostengünstige Energieversorgung möglich.

Der letzte Vortrag der Konferenz stand unter dem Titel „Strategische Umweltpolitik (SUP) für die Regionalplanung im grenzüberschreitenden

Rahmen am Beispiel der sächsischen Region Oberlausitz-Niederschlesien“ und wurde von Dipl.-Ing. Dirk Bölitz vom Regionalen Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien gehalten. Im Rahmen eines INTERREG-III-A-Projekts, das von der EU gefördert wird, erfolgt eine Analyse der grenzüberschreitenden Auswirkungen auf die Umwelt, auf deren Basis ein Vorentwurf für die Raumplanung erstellt wird. In seiner Arbeit kooperiert er sehr eng mit den tschechischen und polnischen Behörden der Grenzregion.

Insgesamt bewertete Bölitz SUP als ein gutes Instrument der Umweltvorsorge und konnte feststellen, dass sich die transnationale Verständigung durch das Projekt sukzessive verbessert.

Am Ende der Konferenz sprach Dr. Dirk Rübbecke ein Schlusswort, in dem er die bei dieser Konferenz zu Tage getretene Vielseitigkeit der Umweltpolitik konstatierte. Rübbecke betonte nochmals die Bedeutung der Nachhaltigkeit, die in vielen Vorträgen angesprochen wurde. Schließlich hob er begeistert hervor, dass verschiedene geographische Ebenen, die regionale, die europäische und die grenzübergreifende, die Konferenz belebt haben und dankte allen Studenten und Referenten für ihre Teilnahme.



Deutsche und tschechische StudentInnen bei der STHZ-Konferenz für Europäische Umweltpolitik in Seiffen

and Audit Scheme) ISO durch die weltweite Anerkennung eine höhere praktische Relevanz besitzt. In Deutschland seien zwar mehr Unternehmen nach ISO oder EMAS geprüft, bezogen auf das BIP der drei Länder seien Tschechien und Polen der Bundesrepublik jedoch weit voraus. Die Branchen des verarbeitenden Gewerbes, in denen die Umweltmanagementsysteme am häufigsten zur Anwendung kämen, seien in allen drei Ländern die Mineralöl-, die Chemie- und die Elektroindustrie. Grundsätzlich würde die Bedeutung von Umweltmanagementsystemen steigen, was positive Auswirkungen auf die Umwelt erwarten ließe.

Als vorletztes kam die Diplomingenieurin Eva Marie Linne von der TU Chemnitz zu Wort. Ihr Vortrag zeigte die Grenzen der bisher diskutierten erneuerbaren Energien auf und be-

Zitate und Ökonomie

Das Geld, das man besitzt, ist das Mittel zur Freiheit, dasjenige, dem man nachjagt, das Mittel zur Knechtschaft.

Jean-Jacques Rousseau

Es ist gefährlich, einen extrem fleißigen Bürokollegen einzustellen, weil die anderen Mitarbeiter ihm dann dauernd zuschauen.

Henry Ford

Solange die Nationalökonomien leben, nimmt niemand von ihnen Notiz, und wenn sie tot sind, richten sie großen Schaden an.

John Maynard Keynes

Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen, als wir denken, so verschmilzt auch die Politik.

Walter Rathenau

Der Kommunismus findet Zulauf nur dort, wo er nicht herrscht.

Henry Kissinger

Eine Lüge ist bereits dreimal um die Erde gelaufen, bevor sich die Wahrheit die Schuhe anzieht.

Mark Twain

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.

Benjamin Franklin

Man wird in der Regel keinen Freund dadurch verlieren, dass man ihm ein Darlehen abschlägt, aber sehr leicht dadurch, dass man es ihm gibt.

Arthur Schopenhauer

Erfüllte Wünsche bedeuten Stillstand. Solange wir leben, müssen wir unterwegs bleiben.

Heinz Rühmann

Nehmen Sie einem Durchschnittsmenschen die Lebenslüge, und Sie nehmen ihm zu gleicher Zeit das Glück.

Henrik Ibsen

Eigentlich sollte man einen Menschen nicht bemitleiden, besser ist es, ihm zu helfen.

Maksim Gorkij

Wenn kein Ziel da ist, wenn das Leben uns nur um des Lebens willen geschenkt wurde, dann hat es keinen Sinn, dass man lebt.

Leo N. Tolstoj

Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, dass jeder einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss.

Friedrich II. der Große

Wer viel Geld hat, kann spekulieren; wer wenig Geld hat, darf nicht spekulieren; wer kein Geld hat, muß spekulieren.

André Kostolany

Veranstaltungshinweise

Dienstag, 08.11.05

Helmut Kohl an der TU Chemnitz

Im Rahmen des Dies Academicus, der im Zentralen Hörsaalgebäude der TU Chemnitz stattfindet, hält dieses Jahr u.a. Dr. Helmut Kohl, Bundeskanzler a.D., einen Festvortrag zum Thema „Europa im 21. Jahrhundert“. Weitere Vorträge sowie die Übergabe der VW-Förderpreise füllen das Programm. Bedienstete und StudentInnen der TU Chemnitz sind herzlich eingeladen, wegen einer zu erwartenden hohen Teilnehmerzahl wird um Anmeldung gebeten. Anmeldung und Informationen: <http://www.tu-chemnitz.de/tu/misc/dies/>

Donnerstag, 10.11.2005 09:00-10:30

Brown Bag Seminar am Max-Planck-Institut, Jena

von Anne Otto, Saarbrücken und Antje

Weyh, Chemnitz über „Die Betriebsdatei der Beschäftigtenstatistik als Gründungsdatenquelle und empirische Anwendungen“

Dienstag, 15.11.2005 16:15-17:45

Max-Planck-Institut, Jena

Vortrag von Christopher Lloyd, Armidale (Australia) zum Thema „Evolutionary realism and economic history“

Mittwoch, 16.11.2005 16:15-17:45

Max-Planck-Institut, Jena

Vortrag von JeanLuc Gaffard, Sophia-Antipolis „How to gain from relocation in a global economy: looking for wage flexibility or promoting an active macro economic policy“

Dienstag, 22.11.05

Veranstaltung des RCDS

Von 18.30 bis 20.00 Uhr hält der sächsische Staatsminister der Finanzen, Dr. Horst Metz, im Zentralen Hörsaalgebäude der TU Chemnitz einen Vortrag mit dem Titel „Finanzpolitik ist Zukunftspolitik - Spart sich der Freistaat zu Tode?!“. Weitere Informationen: info@rcds-sachsen.de.

Dienstag, 29.11.05

Chemnitz Contact 2005

Von 10.00 bis 16.00 Uhr präsentieren sich Unternehmen, wie die HypoVer-einsbank, IAV, MLP und MAN, im Zentralen Hörsaalgebäude der TU Chemnitz. Im persönlichen Gespräch bietet sich die Möglichkeit für Diplomarbeiten, Praktika und den Berufseinstieg Kontakte zu knüpfen.

Impressum

Herausgeber: Chemnitzer Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft e.V.

c/o Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, TU Chemnitz, 09107 Chemnitz

Annahme von Beiträgen und Redaktion: Dr. Dirk Rübbecke, Reichenhainer Str. 39, Zi. 107, Telefon: 0371/531-4212, Telefax: 0371/531-3963, E-Mail: dirk.ruebbelke@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Annahme von Beiträgen, Layout und Redaktion: Bettina Knopp, Reichenhainer Str. 39, Zi. 108, Telefon: 0371/531-4196, E-Mail: bettina.knopp@s2001.tu-chemnitz.de

ISSN (Print-Ausgabe): 1610 – 8248

ISSN (Internet-Ausgabe): 1610 – 823X